

Für den Schutz von Frauen

Soziales Solwodi hat in Aalen seine erste Beratungsstelle in Baden-Württemberg feierlich eröffnet.



Bei der Eröffnung der Beratungsstelle (v. l.): Landrat Klaus Pavel, Staatssekretärin Bärbl Mielich, Marietta Hageney, OB Thilo Rentschler und Claudia Köditz-Habermann. - Foto: hag

(issuefile/58819/ext/62c2f36726e1c8622eb6cd19f1fbc584.jpg)

Aalen. „20 Stunden Sex am Stück, sonst sieht Ivana ihre Kinder nie wieder.“ Dieser Satz steht auf dem Infolyer von Solwodi und benennt kurz und treffend das Anliegen der Menschenrechtsorganisation, die am Mittwoch ihre erste Beratungsstelle in Baden-Württemberg offiziell eröffnet hat.

„Solwodi“ steht für Solidarity with women in distress – Solidarität für Frauen in Not. Seit über dreißig Jahren bietet Solwodi Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden, Hilfe an: mit bundesweit 19 Beratungsstellen und neun Schutzwohnungen. Marietta Hageney, Leiterin der Beratungsstelle, freute sich über den großen Zuspruch und begrüßte Gäste aus Politik und Gesellschaft zur Feierstunde in der Gartenstraße 133 in Aalen.

Die Zahl der zur Prostitution gezwungenen Frauen steige, betroffen seien vor allem bulgarische, rumänische und zunehmend nigerianische Frauen, sagte Staatssekretärin Bärbl Mielich aus Stuttgart. Sie lobte das breite Bündnis verschiedener Organisationen, die das Beratungsangebot in Aalen ermöglichten, um Frauen zu helfen.

Landrat Klaus Pavel und OB Thilo Rentschler bekräftigten ihre Unterstützung für das Anliegen von Solwodi und versprochen, über das Thema Prostitution im Ostalbkreis in der nächsten Sitzung des Kreisrates beziehungsweise Gemeinderates zu informieren. Das Solwodi-Büro und die gleichzeitig eröffnete Geschäftsstelle Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution werden derzeit von Solwodi und der Stiftung Agnes Philippine Walter des Franziskanerinnenklosters Schwäbisch Gmünd finanziert. Landrat Pavel stellte eine Weiterfinanzierung in Aussicht.

„Ich bin dankbar für die Beharrlichkeit, mit der die Frauen der Solwodi-Gruppe Ostalb sich für dieses unbehagliche Thema einsetzen“, sagte Gmünds Frauenbeauftragte Elke Heer und richtete Grüße von OB Richard Arnold aus.

„Politik hat die Aufgabe, die Rechte der Frauen zu schützen, die keine Lobby haben“, betonte Claudia Köditz-Habermann vom Club Soroptimist Aalen/Ostwürttemberg. Die Soroptimistinnen hatten das Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution im vergangenen Oktober initiiert.

„Prostitution ist ein Verbrechen an Frauen“, sagte Schwester Dr. Lea Ackermann. Die Gründerin von Solwodi berichtete von ihrer Arbeit mit jungen Frauen aus armen Herkunftsländern, die unter falschen Versprechen nach Deutschland gelockt und Opfer von Menschenhandel werden. Der deutsche Staat habe nicht einmal die gesetzlichen Instrumente zur Bekämpfung von Prostitution, sagte Kriminalhauptkommissar a.D. Manfred Paulus: „Andere Staaten haben schon reagiert.“ - *Beate Krannich*